

Die Tageszeitung EL TIEMPO analysiert das Anwachsen politischer Gewalt in Kolumbien, der vor allem ehemalige FARC-Mitglieder zum Opfer fallen (8.11.2019):

Die Morde an Ex-FARC-Leuten- ein wachsendes Problem

Der Mord an Ex-Guerrillero Alexander Parra in der Nacht vom 24. Oktober im Ort Mesetas (Departement Meta), ließ erneut die Alarmsirenen ertönen im Hinblick auf die Sicherheitslage der wieder in die Gesellschaft Eingegliederten.

Parra, bekannt unter dem Kriegsnamen Rodolfo Fierro, wurde vor den Augen seiner Ehefrau Mariana Páez getötet in einer früheren Zone, in der sich seinerzeit FARC-Kämpfer sammelten und danach ausgebildet und wieder in die Gesellschaft eingegliedert wurden. Es handelt sich um den ersten Mord an einem solchen Ort.

Mit Parras Tod sind in diesem Jahr 63 Ex-Guerrilleros ermordet worden und 158 seitdem das Friedensabkommen in Kraft ist, wie die Zahlen der Verifikationsmission der UNO in Kolumbien bis zum Stichtag 25.10.2019 zeigen.

Zu den Morden kommen andere Sicherheitsprobleme. Seit dem Abkommen gab es 21 Mordversuche und 12 Personen verschwanden, wobei die Mehrzahl der Fälle sich in den Departements Cauca, Nariño und Antioquia ereigneten.

Darin liegt die Ursache für die schwerwiegendsten Besorgnisse der UNO, denn am 10. Oktober unterrichtete der Chef der Mission, Carlos Ruiz Massieu, den UN-Sicherheitsrat über die Problematik in seinem Vierteljahresbericht. Bis zu diesem Tag hatte es 52 Morde gegeben und im Bericht wird befürchtet, die Zahl von 64 Morden im Jahr 2018 werde dieses Jahr überschritten, wenn die Verbrechen in der gleichen Frequenz weitergingen. Der Sicherheitsrat forderte dass „die Verantwortlichen dieser Morde der Justiz zugeführt werden“.

Angesichts des Mordes an Parra erklärte Pastor Alape, Delegierter der FARC im Nationalen Rat zur Wiedereingliederung, man fürchte um das Leben und „angesichts dieser Tötungswelle, die uns tagtäglich bedroht....beschuldigen wir die Regierung, weil sie keine Sicherheitsgarantien und keine politischen Garantien leistet“

Weshalb kommt es zu diesen Morden?

Mit ihrem Bericht „Der Verlauf von Wiedereingliederung und Sicherheit früherer Kombattanten der FARC“ hat die Stiftung „Ideen für den Frieden“ die Mordserie an früheren FARC-Kämpfern genau durchleuchtet.

Darin werden fünf grundlegende Ursachen für die Morde identifiziert. Obwohl bestätigt wird, dass die illegale Ökonomie einer der Faktoren ist, gibt es andere Aspekte, die sonst nicht so häufig erwähnt werden.

Das Risiko, Opfer zu werden, variiert stark mit dem Ort, an dem die Wiedereingliederung stattfindet. Es nimmt zum Beispiel zu, wenn Personen die Sammelzonen verlassen.

Die Statistiken der UNO geben an, dass sich 13.057 frühere Guerrilleros beim Büro des Hohen Kommissars für den Frieden registrieren ließen, 3.038 von ihnen leben weiterhin in den ehemaligen Sammelzonen, in die sie sich nach der Abgabe der Waffen begeben hatten, während 9.138 sich in städtischen Regionen niederließen.

„Die Tatsache, dass viele der früheren Kombattanten sich entschieden, individuelle Wege zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft einzuschlagen, hat die Risiken erhöht“, versichert „Ideen für den Frieden“.

Ein weiterer Faktor, der das Leben von früheren FARC-Leuten in Gefahr bringt, besteht in der Herausbildung negativer Führungsbeispiele in ihren Organisationen. „Das hat zu Kämpfen um die Kontrolle dieser sozialen Organisationen geführt, die zugleich als politische Plattformen für die neue FARC-Partei dienen“, heißt es in dem Bericht der Stiftung.

Dissidenten und andere kriminelle Organisationen –so signalisiert die Stiftung- üben Druck auf frühere Guerrilleros aus, wieder zu den Waffen zu greifen, „was zu Repressalien führt, wenn diese das ablehnen“.

Aber dies ist nicht die einzige Trennlinie, die Schaden verursacht. Seit einigen Tagen ist bekannt, dass eine Gruppe früherer Guerrilleros , angeführt von Andrés París, nicht weiter unter der Führung Timochenkos (früherer Oberkommandierender der FARC, heute Chef der FARC-Partei, A.d.Ü.) arbeiten wollen. Natürlich sagt París, der in Havanna zu der Verhandlungsdelegation der FARC gehörte, er beabsichtige nicht, zu den Waffen zurückzukehren. Hinzu kommen „ungeklärte Angelegenheiten, die zwischen der FARC und anderen legalen und illegalen Akteuren nicht gelöst sind“.

Zu guter Letzt verweist der Bericht darauf, dass „die staatlichen Institutionen weiterhin weder real noch permanent präsent sind“. Dies beeinträchtigt nicht allein die Wiedereingegliederten, sondern viele Kommunen im Land, wo „der Staat es nicht vermochte, die Grundrechte zu garantieren“.

„Erfahrungen aus früheren Prozessen und die Ereignisse nach der Entwaffnung der FARC zeigen, dass die Morde in einem breiteren Kontext gedeutet werden müssen: Lückenhafte Regelungen, Präsenz illegaler bewaffneter Akteure, interne Spannungen und Brüche wie auch die Unfähigkeit des Staates, Sicherheit und Gerechtigkeit herzustellen, sind in weiten Gebieten des Landes anzutreffen“, schlussfolgert „Ideen für den Frieden“.

Maßnahmen um die Sicherheit zu garantieren

Ende Juni verkündete Präsident Iván Duque ein Paket von 23 Maßnahmen in der Absicht, Sicherheit für frühere FARC-Mitglieder zu garantieren.

„Diese Regierung sieht es als prioritär an, dass der Prozess der Wiedereingliederung erfolgreich verläuft und ein Prozess sein wird, der den Personen, die den Weg der Gewalt verlassen haben, es ermöglicht, auf legalem Weg in ein Leben einzutreten, in

dem sie durch ihre Einkünfte eine wirtschaftliche Basis erhalten und ihr Familienleben konsolidieren können“, versicherte Duque damals.

Unter den beabsichtigten Maßnahmen wird angestrebt, das Monitoring, die Analyse und das Warnsystem vor Risiken für die Ex-Kämpfer durch den Ombudsmann für Bürgerrechte zu intensivieren, die Reaktionszeiten der Nationalen Einheit für Personenschutz UNP auf Schutzgesuche zu verkürzen und Schulungen zum Selbstschutz für frühere Kämpfer zu veranstalten, die unter Personenschutz stehen.

Ebenfalls wurde eine verstärkte Präsenz der Sicherheitskräfte in Zonen angeordnet, in denen Ex-Guerrilleros leben. Zum Beispiel besteht eine Eliteeinheit der Polizei, die sich ausschließlich um Ermittlungen bei Drohungen gegen Ex-Guerrilleros kümmert, und man hat 25 Ermittler dafür abgestellt, jegliche Aktion gegen sie zu untersuchen.

„Trotzdem gibt es noch viel zu tun, dazu gehört die Beseitigung der ständigen Finanzknappheit, unter der die Einheit für den Schutz früherer Kämpfer leidet“, versicherte Carlo Ruiz Massieu, Chef der Verifizierungsmission der UNO.

Und nach dem Mord an Alexander Parra kam man überein, die Sicherheitsmaßnahmen in den vormaligen Sammlungszone zu verstärken, und im Fall Mesetas entsandte die Staatsanwaltschaft ein Untersuchungsteam, das den Fall unterstützt von der Justizpolizei klären soll.

Gleichfalls wird die UNP damit beauftragt, die bisherigen Sicherheitskonzepte zu überprüfen und in den ehemaligen Sammlungszone zu bewerten, was gut läuft und was verbessert werden muss. Es ist vorgesehen, dass vor dem 31. Januar 2020 daraus zu ziehende Schlussfolgerungen und Vorschläge der Regierung vorzulegen sind.